

ZA

Ministerium für Justiz,
Arbeit und Europa
des Landes Schleswig-Holstein



21. AUG. 2008

Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa
des Landes Schleswig-Holstein | Postfach 71 45 | 24171 Kiel

Herrn
Dr. Jens Jeep
Notariat Rathausmarkt
Postfach 11 33 18
20433 Hamburg

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: /
Meine Nachricht vom: /

Dr. Martina Schall
Martina.Schall@jumi.landsh.de
Telefon: 0431 988-3865
Telefax: 0431 988-3894

19. August 2008

**Juristenausbildung 4-Stufen-Modell / Meine Pressemitteilung vom 30. Juli 2008
Hier: Ihr Schreiben vom 31.07.2008 – Ihre Akte: WE 2008:59 (08-178)**

Sehr geehrter Herr Dr. Jeep,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben, in dem Sie Ihre Freude über mein Eintreten für die Umsetzung des Bologna-Prozesses zum Ausdruck gebracht haben und für Ihr Angebot, mir bei der Durchsetzung meiner Vorstellungen behilflich zu sein.

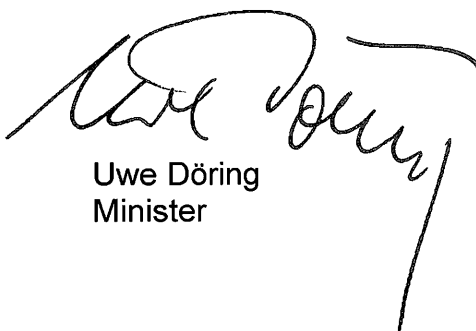
Selbstverständlich ist mir Ihr engagiertes Eintreten für die Modernisierung der Juristenausbildung bekannt. Ihr 4-Stufen Modell und Ihre Publikationen zu diesem Thema habe ich mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und mich mit Ihren Vorstellungen auch inhaltlich auseinandergesetzt. Wie Sie sicherlich wissen, gab es in den letzten beiden Jahren zahlreiche Symposien und andere Veranstaltungen, die sich mit diesem Thema befasst haben. So haben beispielsweise Nordrhein-Westfalen im Mai 2007 eine Arbeitsgruppe zum Thema „Umsetzung des Bologna-Prozesses in der deutschen Juristenausbildung“ eingesetzt und der Stifterverband ein Projekt „Neue Wege in der Juristenausbildung“ initiiert. Neben Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Landesregierungen, Berufsverbände und -kammern sowie Stiftungen haben auch Hochschulangehörige und Juristinnen und Juristen außerhalb der schon genannten Kreise wertvolle Diskussionsbeiträge geleistet.

An den meisten dieser Diskussionsveranstaltungen haben Sie teilgenommen und haben sich als engagierter Verfechter der Umstellung der ersten juristischen Prüfung auf einen Bachelorabschluss profilieren können. Ich freue mich, dass unsere Vorstellungen sich in einigen Kernaussagen decken.

Ich bedauere es, wenn bei Ihnen der Eindruck entstanden sein sollte, dass ich für mich in Anspruch nehmen will, in der Pressemitteilung gänzlich neue, bisher noch nicht diskutierte Eckpunkte eines neuen Ausbildungsmodells für Juristen vorgestellt zu haben. Auf die aus meiner Sicht für eine Reform der Juristenausbildung erforderlichen Rahmenbedingungen haben wir uns in einem langwierigen Diskussionsprozess verständigt, der mit Vertreterinnen und Vertretern aus der beruflichen Praxis in Schleswig-Holstein geführt wurde. Wir haben in der Diskussion verschiedene Ausbildungsmodelle vorgestellt, das Pro und Contra abgewogen, Mindeststandards definiert und alle aus unserer Sicht maßgeblichen Rahmenbedingungen in einen systematischen Zusammenhang gestellt und zu einem Ausbildungsmodell zusammengefasst, das ich dann in der Pressemitteilung vorgestellt habe. Ihre Ideen, die Vorstellungen des Deutschen Anwaltsvereins, aber auch der von Frau Dauner-Lieb (AnwBl. 2006, S. 5) aufgezeigte Weg der Reform waren für uns eine wertvolle Diskussionsgrundlage. Ohne an dieser Stelle in Details zu gehen, möchte ich allerdings auch die Unterschiede in den Vorstellungen über den Zugang zum Vorbereitungsdienst, dessen Dauer und Ausgestaltung sowie über die Notwendigkeit einer Art von Abschlussprüfung nach dem Vorbereitungsdienst nicht unerwähnt lassen.

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass aufgrund der gebotenen Kürze der Pressemitteilung kein Raum dafür vorhanden war, umfassende Hinweise auf den bisherigen Diskussionsstand zur Modernisierung der Juristenausbildung zu geben. Ich hoffe, dass Sie Ihr anerkennenswertes Engagement aufrechterhalten und den Diskussionsprozess auch weiterhin mit innovativen Beiträgen bereichern werden.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Döring
Minister